

Handel und Volkswirtschaft

Letzte Nachrichten und Telegramme — Richtpreise — Edelmetallkurse

Rundschau

W. Kg. Die letzte Zeit, die uns allen ein Aufatmen gewährte, dadurch, daß die ganze Wirtschaftslage durch die im November erfolgte Stilllegung der Notenpresse eine festere und leichtere wurde, hat auf der anderen Seite die geradezu erschütternde Lage des Staates enthüllt. Die Stilllegung der Notenpresse bedeutete für den Staat die Notwendigkeit, sich auf eigene Füße in seiner Finanzwirtschaft zu stellen. Wie außerordentlich schwierig dieses Problem ist, erkennt man schon daraus, daß der Staat genötigt war, von dem ihm zur Verfügung stehenden Kredit der Rentenbank den allergrößten Teil in Anspruch zu nehmen, obwohl der verzinsliche Kredit für zwei Jahre reichen sollte. Man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß im Januar das Reich seinen Kredit bei der Rentenbank überhaupt erschöpft haben wird. Verständlich werden deshalb die Anstrengungen, die der Staat macht, um Gelder herein zu bekommen. Er schreckt selbst vor Methoden nicht zurück, die ein Privatmann nie anwenden dürfte. Die Nacherhebung der Umsatz- und Luxussteuer, sowie die frühzeitige Einhebung der Rhein-Ruhr-Abgabe stellen Maßnahmen dar, die eine willkürliche Erhöhung einer Steuer bedeuten, wofür u. E. die Rechtsgrundlage fehlt, andererseits bedeutet die Erhebung von Steuern, die erst im Januar fällig sind, nichts weiter als den Verbrauch von Einnahmen, die für eine spätere Zeit bestimmt waren.

Es wäre von Nutzen gewesen, wenn in der früheren Zeit der Staat in der Einziehung seiner ausgeschriebenen Steuern etwas schneller bei der Hand gewesen wäre. Das hat sich angeblich durch die komplizierten Steuergesetze nie ermöglichen lassen. In der Zukunft dürfte ein wesentlicher Antrieb für die schnelle Einziehung der Steuern durch die Finanzbeamten selbst erfolgen. Diese und in der Gesamtheit alle Beamten müssen heute erkennen, wie arm ihr Brotgeber, der Staat ist, und daß es deshalb in ihrem eigenen Interesse liegt, dafür zu sorgen, daß die Forderungen, die ihr Brotgeber an die Gesamtheit hat, möglichst schnell und restlos eingezogen werden. Das wird für die Betroffenen, das heißt für die Steuerzahler, in sehr vielen Fällen zu großen Härten führen.

Das Erwerbsleben wird sich für das neue Jahr darauf einstellen müssen, außerordentlich große Lasten zu tragen. Zu wünschen wäre nur, daß die Ausschreibung derartiger Steuergesetze mit etwas mehr Ueberlegung und Sorgfalt geschieht wie bisher, um Einfachheit und Klarheit in die ganze Handhabung der Steuergesetze zu bringen. Auf jeden Fall aber werden die Steuergesetze auch für uns und für den Zentralverband im nächsten Jahr eine große Rolle spielen, weil die Aufklärung und Beratung der Kollegen in dieser Hinsicht ganz besonders gepflegt werden muß. Die kommende Zeit wird für uns alle einen Zwang bringen, viel genauer zu rechnen und zu kalkulieren, als es bisher nötig war. Jeder Fehler wird sich besonders bei der Feststellung der Steuerpflicht sehr unangenehm bemerkbar machen.

Im Wirtschaftsleben hat die rückläufige Preisbildung noch keinen Stillstand gefunden. Soweit die Lebenshaltungskosten in Frage kommen, ist ein weiteres Sinken der Preise festzustellen. Nach den Berechnungen der Preise im Großhandel betrug der Rückgang in der Zeit vom 8. bis 15. Dezember 9,61 Prozent, während er in der Vorwoche 10,46 Prozent betrug. Der Preisrückgang im Einzelhandel ist bedeutend größer. Seit Anfang Dezember bis jetzt sind die Preise der Lebensmittel im Durchschnitt auf die Hälfte gesunken. Trotz dieses Preisrückganges und trotz der geringen Belegung, die das Geschäft im allgemeinen erfahren hat, ist die Beschäftigung in der Industrie weiter eine sehr schlechte geblieben. Es fehlen auch heute noch die laufenden Aufträge, wohl deshalb, weil der Groß- und auch der Einzelhandel mit Waren reichlich eingedeckt sind, sodaß diese Waren abstoßen können, ohne neu eindecken zu müssen. Die Lage des Einzelhandels ist insofern eine ungünstige, als er in den letzten Wochen fast kein Geschäft machen konnte, sodaß er seine jetzt fließenden Einnahmen benutzen muß, um frühere Verbindlichkeiten zu decken, oder er braucht seine Einnahmen zur Deckung seiner Lebenshaltungskosten und der jetzt vor Weihnachten fällig werdenden Steuern.

Der Schleier, der über unserer ganzen Wirtschaft lag, ist zum großen Teil zerrissen. Auch die Industrie muß erkennen, daß sie gegenüber dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig ist. Sie muß einsehen, daß eine Verbilligung ihrer Fabrikate eintreten muß, wenn sie weiter Absatz finden will. Es ist damit nicht gesagt, daß etwa die Gewinne, die die Industrie bisher gehabt hat, zu hohe gewesen wären. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Produktionskosten an und für sich für unsere Verhältnisse zu hohe sind. Ein Teil der unproduktiven Arbeit und Kosten sind durch die Umstellung auf Goldwährung beseitigt worden. Der Organisator wird wieder erhöhte Bedeutung bekommen, da nunmehr nach-

geprüft werden muß, wo Ersparnisse gemacht werden können. In diesem Zwange zur Sparsamkeit und zur Vermeidung unproduktiver Ausgaben liegt ein sehr gesunder Kern. Die Tüchtigkeit des Einzelnen kommt wieder zur Geltung und der Wettbewerb untereinander wird wieder in seine gesunden Rechte treten. Wir stehen vor einer Zeit, wo die Bindung durch Kartelle und Syndikate sehr schwer aufrecht erhalten werden kann. Wenn die Notwendigkeit, unter allen Umständen Absatz zu finden, eintritt, so ist es schwer, sich an Bestimmungen zu halten, selbst wenn diese letzten Endes noch so gut gedacht wären.

Auch im Einzelhandel treten die gleichen Erscheinungen auf, wenn auch noch nicht in dieser scharfen Form. An und für sich ist der Einzelhändler sehr viel leichter geneigt, eine vorübergehende Erleichterung seiner Lage als eine dauernde anzusehen. Wir haben in der letzten Zeit vor diesem Optimismus wiederholt gewarnt und können diese Warnung heute nur wiederholen. Die überschüssige Kaufkraft, die heute bei der Kundschaft infolge verschiedener Umstände vorhanden ist, kann nicht von langer Dauer sein. Eine Verminderung des Absatzes gegenüber dem Frieden ist unter allen Umständen sicher anzunehmen. Auch beim Einzelhandel wird der gegenseitige Wettbewerb sehr viel schärfer sein. Die Tüchtigkeit des Einzelnen wird auch hier wieder mehr zur Geltung kommen und jeder Einzelhändler wird wieder das alte Rüstzeug seines kaufmännischen Könnens herausuchen müssen. Es kommt die Zeit, wo wieder die Werbung um die Kundschaft in ihr Recht tritt und diese Zeit wird auch manches Gesunde mit sich bringen. Es wird aber darauf ankommen, ob die kranken Glieder, die in dem Gewerbe vorhanden sind, möglichst schnell abgestoßen werden können. Solange sie sich im Gewerbe befinden, werden sie das Ganze ungesund machen und weitere Teile in ihren Niedergang hineinziehen.

In letzter Zeit sind uns schon Fälle gemeldet worden, wo einzelne Kollegen glaubten, durch Unterbietungen, die fast an den Einstandspreis herankamen, unter allen Umständen ein Geschäft zu erzielen. Wie verkehrt diese Methode ist, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu sagen. Die einzige Methode, um Kundschaft heranzuziehen und zu sichern, ist unseres Erachtens große Rührigkeit und Ausnutzung aller Werbemöglichkeiten, die dem Einzelhandel gegeben sind.

Der Reichswährungskommissar Schacht hat jüngst in Hamburg sehr bemerkenswerte Äußerungen getan. Er steht noch auf seinem alten Standpunkt, daß wir wieder zur reinen Goldwährung übergehen müssen. Unsere Leser wissen, daß wir der gleichen Ansicht sind. Je schneller der Uebergang möglich ist, desto besser für unsere Wirtschaft. Das Beispiel Hamburgs zeigt, daß ein derartiger Uebergang tatsächlich möglich ist, wenn die beteiligten Bevölkerungskreise das nötige Verständnis für die Wichtigkeit dieser Frage besitzen. In der Gesamtheit darf man dieses Verständnis nicht erwarten. Deshalb ist auch Schacht der Ansicht, daß man mit Teilversuchen, wie sie in Hamburg gelungen sind, vorgehen müsse, um die Zusammenlegung später zu bewirken. In Hamburg hat sich auch gezeigt, daß bei Zusammenfassung aller zerstreut liegenden Devisen eine recht erhebliche Summe herauskommt. Bisher sind 23 Millionen Hamburger Goldgeld ausgegeben, die noch fortwährend erhöht werden. — Bedenkt man, daß der gesamte Papiermarkumlaf bei Stilllegung der Notenpresse Mitte November nur 191 Trillionen betrug, d. h. 191 Gold-Millionen, so kann man den Schluß ziehen, daß eine vollständige Umstellung auf reine Goldwährung durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die Gefahr, die der endgültigen Umstellung unserer Währung droht, kommt nur von den finanziellen Schwierigkeiten des Staates selbst. Bisher hat man entschiedenen Widerstand geleistet gegen das Verlangen einer Erhöhung des Rentenmarkkredites. Ob dieser Widerstand behauptet werden kann, bei der ständig steigenden finanziellen Not des Staates, ist eine Frage, die wir nicht sicher bejahen möchten. Dabei käme aber zu der ersten Inflation, die schon stattgefunden hat, eine zweite, deren Folgen für unsere Wirtschaftslage sehr verderblich sein würden.

Der Ausblick auf die nächste Zukunft ist nicht hoffnungsvoll, sondern bleibt nach wie vor sehr trübe. Es besteht keine Aussicht, daß die Arbeitslosigkeit nachläßt, vielmehr ist anzunehmen, daß sie in den kommenden Wochen noch steigen wird. Die Lehre, die sich hieraus für uns ergibt, ist, jede unnötige Ausgabe zu vermeiden und die geringen Mittel, die jedem zufließen, festzuhalten, um sie für die kommende Zeit als Reserve zur Verfügung zu haben. Sind wir erst kurze Zeit von dem Billionen-Wahnsinn erlöst, so müssen wir uns sagen, daß die Scheine mit den kleinen Zahlen, die wir jetzt ausgeben, höheren Wert haben, als die Scheine mit den Billionen. Die Ausgebefreudigkeit, die sich heute teilweise bemerkbar macht, muß von jedem einzelnen selbst gebremst werden.